

Welfische



200 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Welfische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonntags: Finanz- und Handelsblätter mit Kursnotizen der Berliner Börse und amerikanisches Funkblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1,50 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 6,00 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatz. Bei Anzeigen: Preis in Goldmark. Inzeptionspreis in Goldmark. Familien-Anzeigen um-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme o. bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein & Co. Redaktions-Georg Bernhard, Verantw. Redakteur in Ausw. d. Handelsbl. Carl Misch, Berlin. Ullstein, Manuscripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8000-8003, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 4984-3003, Telegramm-Adresse Ullsteinhaus, Berlin. Postfach-Konto Berlin 60.

Schachts Ernennung vollzogen.

Reichsbankpräsident und zugleich Währungskommissar.

Der Reichspräsident hat gestern, entsprechend dem Vorschlag des Reichsrates, den Währungskommissar und bisherige Bankdirektor Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten ernannt. Dr. Schacht behält seine Stellung als Reichswährungskommissar bei.

Der Pariser Botschafterposten.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Der dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann nachstehende „Zett“ zufolge hat der französische Ministerpräsident sich nunmehr zu den Vorschlägen geäußert, die Deutschland wegen der Verdrängung des Botschafterpostens in Paris gemacht hat. Man

ward nunmehr mit der Ernennung eines deutschen Botschafters in Paris und eines deutschen Konsulats in Brüssel in der nächsten Zeit rechnen können, doch ist über die Personenauswahl noch keine endgültige Entscheidung gefallen.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Sonnabend vor mittig einstimmig beschlossen, der Kandidatur Dr. Schachts für den Posten des Reichsbankpräsidenten keine Zustimmung auszusprechen. Weiter genehmigte das Reichskabinett am Sonnabend eine Verordnung zur Änderung des Botschaftergesetzes und des Wohnungsangelegenheitsgesetzes und stimmt unter anderem dem Entwurf einer Verordnung zur Vereinfachung der Staatsbürgerrechte unter Berücksichtigung der Wünsche des Reichstages-Konstituenten aus.

Das freie Rheinland.

Von
Georg Bernhard.

Der Glanz der Weimarerzeit bestrahlt diesmal das Ende eines Jahres, das für Deutschland beinahe schicksalhaft auch als alle anderen Nachkriegsjahre gewesen ist. Ein Jahr unglücklicher Hoffnungen, die sich in dem der Krieg zum gewöhnlichen Male verlorengelungen ist. Denn nichts anderes war der Ruhkampf. Ein verlorenen Krieg. Einer, in dem sich außerdem noch zeigte, daß von denen, die Deutschland liebte, nicht aus der Mängel der gegenwärtigen Welt, die früher an des Reiches Spitze standen, einem deutlicheren Bewußtsein erwachte. Denn unter der Ruhr zu leiden, hat jetzt heraus, wie richtig das war, was früher hier bereits aufgezeigt wurde: daß man die Franzosen in die Ruhr ließ, hat die politische Situation Deutschlands weitgehend zum Scheitern verurteilt. Denn unter der Ruhr zu leiden, hat das Reich jetzt um das Rheinland gefehlt. Vor dem Ausbruchfall war die Position aus klar: Rheinland war deutsches Reichsland. Nicht einmal nationalfeindliche Franzosen wagten es, das offen zu betreiben. Sie gingen ihrer Unternehmung in die politische Hinterwelt des Reiches, das im Freitumlauf ihres Verfassungsrechtes nach dem Versailles-Vertrage. Von dem Augenblick jedoch, wo die französischen Truppen im Rheinland landeten, mußte sich die Disposition an die Ruhr klammern. Das Schicksal des nachfolgenden Gebietes lief von dem ab, was auf dem linken Rheinufer vor sich ging. Und es gab lange sich warnende Mahnungen dafür, daß sich dort Dinge vorbereiten, deren Eindeutigkeit für Deutschlands Politik beziehungsweise sein zumeist als manches andere, was sich nicht ablesen und ausgrenzen in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion jenseit.

In der nichtlänglichen Rede, die der französische Ministerpräsident vor der Pariser Kammer gehalten hat, befindet sich eine Stelle, die alle Deutschen aufhorchen lassen sollte. In dem Bericht des Korrespondenten der „Welfischen Zeitung“ über diese Kammerrede heißt es: „Das Schicksal des nachfolgenden Gebietes lief von dem ab, was auf dem linken Rheinufer vor sich ging. Und es gab lange sich warnende Mahnungen dafür, daß sich dort Dinge vorbereiten, deren Eindeutigkeit für Deutschlands Politik beziehungsweise sein zumeist als manches andere, was sich nicht ablesen und ausgrenzen in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion jenseit.“

In der nichtlänglichen Rede, die der französische Ministerpräsident vor der Pariser Kammer gehalten hat, befindet sich eine Stelle, die alle Deutschen aufhorchen lassen sollte. In dem Bericht des Korrespondenten der „Welfischen Zeitung“ über diese Kammerrede heißt es: „Das Schicksal des nachfolgenden Gebietes lief von dem ab, was auf dem linken Rheinufer vor sich ging. Und es gab lange sich warnende Mahnungen dafür, daß sich dort Dinge vorbereiten, deren Eindeutigkeit für Deutschlands Politik beziehungsweise sein zumeist als manches andere, was sich nicht ablesen und ausgrenzen in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion jenseit.“

Neuer deutscher Schritt in Paris.

Instruktion an Hoeh.

Redaktionsdienst der „Welfischen Zeitung“

Paris, 22. Dezember.

Der deutsche Gesandte in Paris ist, wie ich erfahre, heute in den Besitz von Instruktionen für einen neuen Schritt bei der französischen Regierung gelangt.

Der Gesandte hat bis zur Stunde um eine Begrenzung mit Polonais nicht nachgehakt, weil die Instruktionen noch nicht vollständig fertig vorliegen. Der neue Schritt wird aber bestimmt in den nächsten Tagen erfolgen.

Es handelt sich um die Fortsetzung der am 15. Dezember begonnenen deutsch-französischen Unterredung.

Die Pariser Beobachter melden unter Berufung auf ein Berliner Blatt, die Ernennung des deutschen Gesandtes Dr. Hoeh als Reichsbankpräsidenten in Paris sehr bedauerlich. In dieser Angelegenheit ist dieses Gerücht bis jetzt nicht bestätigt worden.

Bei der bevorstehenden Unterredung des deutschen Gesandtes, Herrn von Hoeh, mit dem französischen Ministerpräsidenten dürfte es sich um die Begrenzung der Vorläufige handeln, welche der Gesandte in seinen Erklärungen am 15. Dezember bereits am 15. Dezember angekündigt hat. Als Ziel der deutschen Regierung ist es damals bezeichnet worden, so schnell als möglich zum vertragsmäßigen Zustand im Rheinland wieder zu kommen. Deshalb hat der deutsche Gesandte in den Aufzeichnungen, die er dem Reichsbankpräsidenten Hoeh überreichte, nachgedacht, daß über die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung und des Verkehrs mit dem unbesetzten Deutschland verhandelt wird. Die Reichsregierung hat damals bereits erklärt, daß sie ihre Vorläufige zu diesen Punkten näher zu präzisieren beabsichtigt.

Wieder ein Vertrauensvotum.

Redaktionsdienst der „Welfischen Zeitung“

Paris, 22. Dezember.

Die heutige Nachmittagsitzung der Kammer, auf deren Tagesordnung die Frage der Vertrauensvotum für die Weimarer Kammer, hat erst um 4 Uhr begonnen, weil die Kammer vorzeitig bis 1 Uhr über andere Fragen beraten hatte.

Die längerer Debatte sollte Polonais, wie angekündigt, die Vertrauensfrage. Die Kammer stimmte dann mit 302 gegen 143 Stimmen den Standpunkt der Regierung. Sie beschloß die Einlegung einer Konstitution zur Revision der Weimarer Kammergebühren.

Die Kammer tritt heute abend nochmals zu einer Nachsitzung zusammen.

Italienisch-französisches Bündnis?

Redaktionsdienst der „Welfischen Zeitung“

Paris, 22. Dezember.

Wie die „Albion Revue“ aus Paris berichtet, bleibt Außenminister Dr. Benech nach der Legung des Weimarerbundes bis Dienstag in Paris, um mit der französischen Regierung in einem

neuen Meinungsaustausch zu treten. Der allein handelnde es sich um die fernliegenden Beziehungen zwischen dem Reichskabinett und Frankreich. Ein solches einseitige Form zu geben, die im Interesse beider Staaten liegt und das gegenseitige Verständnis nicht den Erwartungen der innenpolitischen Konstellation ausliefe.

Die Vermittlung des Papstes.

Redaktionsdienst der „Welfischen Zeitung“

Paris, 22. Dezember.

Wie man in den Welfischen Briefen verliest, bezieht sich in diesen Tagen gedachte Nachsicht auf Schacht, der der Pariser bei der französischen Regierung einen Schritt unternommen hat, um anlässlich des Weimarerbundes eine weitgehende Annäherung für die politischen Beurteilungen an dem Ausbruch und für die Vermittlung der Ausgewiesenen zu erzielen. Man hofft, daß dieser Schritt des Papstes aus dem Verzicht sein will, die baldige Ernennung eines päpstlichen Sekretärs bewirkt, der konstant werden soll, die Aktion für die Aufbringung von Geldmitteln in Amerika einzuleiten und durchzuführen. Dieses Gebotnis ist als freiwillige Spende für die Hungerelenden in Mittelamerika bestimmt.

Die russische Propaganda in Amerika.

Redaktionsdienst der „Welfischen Zeitung“

London, 22. Dezember.

Schiffahrt hat heute in Moskau dem Vertreter einer englisch-amerikanischen Telegrammgesellschaft erklärt, daß die amerikanische Justizministerin veröffentlichten Schicksale über kommunistische Verschwörungen in Amerika unabhängig von den Beziehungen seien. Die leitenden Persönlichkeiten der Dritten Internationale, vor allem Sinowjew, hätten der neuen Regierung die Versicherung abgegeben, daß sie keine Beziehungen zu amerikanischen Verschwörern eingeleitet hätten.

Schiffahrt macht in seiner Erklärung der amerikanischen Regierung den Vorfall, Lieferung und Gehalt der Dokumente von einem unabhängigen Schiedsgericht nachprüfen zu lassen.

Neuer meldet aus New York, daß die amerikanische Regierung nicht bereit sein würde, das vorgeschlagene Schiedsgericht anzunehmen, da die Verhandlungen vor diesem Tribunal die politische Lage in Amerika nicht verbessern würden, lang hingezogene Entscheidungen über die amerikanisch-russischen Beziehungen einleiten. Die amerikanische Regierung sei von der Gehalt der Anweisungen aus Moskau überzeugt. Das Justizministerium erklärt, in der Lage zu sein, von dem Genesensministerium für auswärtige Angelegenheiten den Nachweis zu führen, daß die Sowjetregierung selbst diese Anweisungen der Verschwörern und Revolutionärsbestimmungen verlegt habe.

In Deutschland hat man sich leider gewöhnt, gegenüber den Weimarer Polonais und anderer französischer Staatsmännern sich dem abzugeben, was sie sagen. Das ist ein Fehler, den die Überlegung propagandistische Betätigung zu verurteilt. Die breite Öffentlichkeit des deutschen Volkes hat, wenn es solche Reden hört oder solche Artikel liest, dann die beruhigende Meinung, daß Polonais ein genuinfranzösischer, barockhafter Redakteur ist, der sich Polonais macht, um so seine Propaganda für Deutschland und der Abneigung der Rechte des